

Bauwirtschaft: Weiter Süd-Nord-Gefälle	421
Zur Situation auf den Märkten metallischer Rohstoffe	429

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 34 / 83

Berlin

25. August 1983

50. Jahrgang

Stapfen

Bauwirtschaft: Weiter Süd-Nord-Gefälle

Schon seit langem ist zu beobachten, daß sich die Bautätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland tendenziell zugunsten der südlichen Bundesländer¹ verschiebt. Dies gilt insbesondere für die Zeit seit 1977. Dabei gab es zuletzt nicht nur ein Süd-Nord-Gefälle im Bauhaupt- und im Ausbaugewerbe, sondern auch in allen drei Baubereichen — Wohnungsbau, Wirtschaftsbau, öffentlicher und Verkehrsbau. Die aktuelle Nachfragestruktur läßt vermuten, daß sich das Süd-Nord-Gefälle bei Produktion und Beschäftigung bis in das nächste Jahr fortsetzen wird. Produktion und Nachfrage folgend dürfte 1983 der Rückgang der Beschäftigtenzahl in den südlichen Bundesländern geringer ausfallen als in den nördlichen.

Das DIW berechnet seit vielen Jahren im Auftrage des Bundesministeriums für Wirtschaft das vierteljährliche Bauvolumen der Bundesrepublik Deutschland. Die Ergebnisse dieser Berechnung werden regelmäßig im Wochenbericht veröffentlicht. Der Rahmen dieser Untersuchungen ist die konjunkturelle Analyse und Prognose der Entwicklung der Bauwirtschaft. Dabei steht die Frage im Vordergrund, welche Wirkung die aktuelle Nachfrageentwicklung auf die künftige Produktion und Beschäftigung hat.

Immer wieder wird der Wunsch geäußert, diese Untersuchungen auch auf regionaler Ebene durchzuführen. Erste Ergebnisse einer Regionalisierung wurden 1975 für die Jahre 1960 bis 1972 vorgelegt². Aus statistischen Gründen konnte in diese Untersuchung allerdings nur das Bauhauptgewerbe einbezogen werden. Über die gesamte Bautätigkeit und die Beziehungen zwischen Nachfrage, Produktion und Beschäftigung in den Bundesländern wurde erstmals 1982 berichtet³.

Seit der letzten Handwerkszählung und der darauf aufbauenden Handwerksberichterstattung gibt es Informationen über die Leistungen im Ausbaugewerbe der einzelnen Bundesländer. Damit wird es möglich, vorerst für die Jahre 1978 bis 1982 auch das Bauvolumen nach Bundesländern und Produzentengruppen zu berechnen. Als Quellen werden — neben der Handwerkszählung und der Handwerksberichterstat-

tung für das Ausbaugewerbe — vor allem die Bauvolumensrechnung für das Bundesgebiet sowie die Totalerhebung und die laufende Bauberichterstattung für das Bauhauptgewerbe herangezogen. Um die Entwicklung der Baubereiche in den einzelnen Bundesländern in die Betrachtung einbeziehen zu können, wurden die geleisteten Arbeitsstunden im Bauhauptgewerbe als Indikator verwendet.

Für die Einschätzung der künftigen Entwicklung von Produktion und Beschäftigung in den Bundesländern sind Analysen der aktuellen Nachfrage erforderlich. Die Wirkungsverzögerungen zwischen den Indikatoren der Nachfrage und der Produktion sind beträchtlich⁴; sie betragen im Bundesdurchschnitt und im Durchschnitt aller Baubereiche etwa vier bis fünf

¹ Hessen, Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz/Saarland.

² Vgl.: Norbert Engler: Die Entwicklung der Bautätigkeit in den Bundesländern von 1960 bis 1972; Beiträge zur Strukturforchung des DIW, Heft 36, 1975.

³ Vgl.: Zur Entwicklung der Bautätigkeit in den Bundesländern und Verdichtungszone. Bearbeiter: Jochen A. Hübener. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 2/1982, S. 35 ff.

⁴ Vgl.: Zeitlicher Zusammenhang zwischen Hochbauegenehmigungen und Auftragseingängen im Konjunkturverlauf. Bearbeiter: Bernd Bartholmal unter Mitarbeit von Jochen A. Hübener, Gutachten im Auftrage BMWi. Berlin, Juni 1982 (als Manuskript vervielfältigt).

Entwicklung des Bauvolumens nach Bundesländern¹ und Produzentengruppen

Länder und Produzentengruppen	Jahre				Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahr in %			
	1979	1980	1981	1982	1979	1980	1981	1982
1) Schleswig-Holstein/Hamburg								
a) Bauhauptgewerbe	5 572	5 745	5 329	4 958	4,0	3,1	- 7,2	- 7,0
b) Ausbaugewerbe	2 649	2 275	2 090	1 942	4,3	-14,1	- 8,1	- 7,1
c) insgesamt	8 221	8 020	7 419	6 900	4,1	- 2,4	- 7,5	- 7,0
2) Niedersachsen/Bremen								
a) Bauhauptgewerbe	9 681	9 956	9 421	8 579	4,3	2,8	- 5,4	- 8,9
b) Ausbaugewerbe	3 954	3 951	3 876	3 744	0,9	- 0,1	- 1,9	- 3,4
c) insgesamt	13 635	13 907	13 297	12 323	3,2	2,0	- 4,4	- 7,3
3) Nordrhein-Westfalen								
a) Bauhauptgewerbe	17 396	18 513	17 587	16 664	6,0	6,4	- 5,0	- 5,2
b) Ausbaugewerbe	8 308	8 405	7 575	7 083	2,7	1,2	- 9,9	- 6,5
c) insgesamt	25 704	26 918	25 162	23 747	4,9	4,7	- 6,5	- 5,6
4) Hessen								
a) Bauhauptgewerbe	6 294	6 508	6 134	5 873	4,4	3,4	- 5,7	- 4,3
b) Ausbaugewerbe	2 521	2 703	2 565	2 450	6,4	7,2	- 5,1	- 4,5
c) insgesamt	8 815	9 211	8 699	8 323	4,9	4,5	- 5,6	- 4,3
5) Rheinland-Pfalz/Saarland								
a) Bauhauptgewerbe	5 804	5 843	5 518	5 318	10,9	0,7	- 5,6	- 3,6
b) Ausbaugewerbe	1 859	1 920	1 823	1 752	2,2	3,3	- 5,1	- 3,9
c) insgesamt	7 663	7 763	7 341	7 070	8,7	1,3	- 5,4	- 3,7
6) Baden-Württemberg								
a) Bauhauptgewerbe	11 959	12 423	12 025	11 897	8,7	3,9	- 3,2	- 1,1
b) Ausbaugewerbe	5 567	5 514	5 409	5 182	5,8	- 1,0	- 1,9	- 4,2
c) insgesamt	17 526	17 937	17 434	17 079	7,7	2,3	- 2,8	- 2,0
7) Bayern								
a) Bauhauptgewerbe	14 150	14 513	13 908	13 554	9,8	2,6	- 4,2	- 2,5
b) Ausbaugewerbe	4 876	5 163	5 060	4 883	3,7	5,9	- 2,0	- 3,5
c) insgesamt	19 026	19 676	18 968	18 437	8,2	3,4	- 3,6	- 2,8
8) Berlin (West)								
a) Bauhauptgewerbe	2 126	2 200	2 183	2 223	7,6	3,5	- 0,8	1,8
b) Ausbaugewerbe	944	924	887	894	0,9	- 2,1	- 4,0	0,8
c) insgesamt	3 070	3 124	3 070	3 117	5,5	1,8	- 1,7	1,5
Bundesgebiet insgesamt								
a) Bauhauptgewerbe	72 982	75 701	72 105	69 066	7,0	3,7	- 4,8	- 4,2
b) Ausbaugewerbe	30 678	30 855	29 285	27 930	3,5	0,6	- 5,1	- 4,6
c) insgesamt	103 660	106 556	101 390	96 996	6,0	2,8	- 4,8	- 4,3
davon:								
Nördliche Bundesländer (einschl. West-Berlin)								
a) Bauhauptgewerbe	34 775	36 414	34 520	32 424	5,3	4,7	- 5,2	- 6,1
b) Ausbaugewerbe	15 855	15 555	14 428	13 663	2,4	- 1,9	- 7,2	- 5,3
c) insgesamt	50 630	51 969	48 948	46 087	4,4	2,6	- 5,8	- 5,8
Südliche Bundesländer								
a) Bauhauptgewerbe	38 207	39 287	37 585	36 642	8,7	2,8	- 4,3	- 2,5
b) Ausbaugewerbe	14 823	15 300	14 857	14 267	4,7	3,2	- 2,9	- 4,0
c) insgesamt	53 030	54 587	52 442	50 909	7,6	2,9	- 3,9	- 2,9

1) Berechnungen des DIW anhand der Bauvolumensrechnung, der Totalerhebung, der lfd. Bauberichterstattung, der Handwerkszählung 1977 sowie der Handwerksberichterstattung.

Quartale. Als Indikatoren der Nachfrage stehen für die Baubereiche der Bundesländer neben den Baugenehmigungen im Hochbau seit 1978 auch die wertmäßigen Auftragseingänge im Hoch- und Tiefbau zur Verfügung. Damit können auch Analysen der Nachfrage nach sämtlichen Baubereichen in den Bundesländern durchgeführt werden.

Neben Länderergebnissen zur Nachfrage und Produktion werden in der Bauberichterstattung und der Handwerksberichterstattung auch vergleichbare Ergebnisse über die Zahl der Beschäftigten ausgewiesen. Auf der Basis dieser Informationen lassen sich jetzt auch für die Bundesländer die Zusammenhänge zwischen Nachfrage, Produktion und Beschäftigung

umfassender darstellen als bisher⁵ und für prognostische Zwecke nutzen.

Entwicklung des Bauvolumens

Die Bautätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland, gemessen am realen Bauvolumen des Bauhauptgewerbes, verschiebt sich schon seit längerem tendenziell zugunsten der südlichen Bundesländer. In den Jahren 1960 bis 1966 und 1968 bis 1972 nahm der Anteil der südlichen Bundesländer zu; dagegen reduzierte er sich in den Jahren 1967 und 1973 bis 1976, also vor allem in den Rezessionsjahren. In der jüngsten Vergangenheit haben die südlichen Bundesländer

nicht nur — wie früher — in der Wachstumsphase profitiert, sondern zum ersten Mal auch in der Rezession ihren Anteil am Baugeschehen weiter ausbauen können.

Betrug der Anteil der südlichen Bundesländer am gesamten Bauvolumen (Bauhaupt- und Ausbaugewerbe, in Preisen von 1970) 1976 noch 49 vH, so stieg er in den Jahren 1977 bis 1980 auf 51 vH und in den Rezessionsjahren weiter auf 53 vH (1982), das sind 51 Mrd. DM von insgesamt 97 Mrd. DM. Von diesem Betrag entfallen rund 18 Mrd. DM auf Bayern, 17 Mrd. DM auf Baden-Württemberg, 8 Mrd. DM auf Hessen und 7

⁵ Vgl.: Zur Entwicklung ..., a.a.O.

Nachfrage¹ im Bauhauptgewerbe nach Bundesländern

Jahre, Quartale		Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahr in vH							
		1981	1982	1982				1983	
Länder				I	II	III	IV	I	II ²⁾
1) Schlesw.-Holst./Hamburg									
Auftragsbestände	- 5,4	-14,9	-10,3	-17,5	-14,9	-17,3		-12,9	
Auftragseingänge	-10,6	-11,1	-20,6	-18,7	- 8,2	11,2		12,0	13,9
2) Niedersachsen/Bremen									
Auftragsbestände	-10,8	-15,7	-22,9	-14,1	-13,4	- 9,9		1,9	
Auftragseingänge	-21,4	- 0,2	-12,2	2,2	- 2,4	12,1		18,8	0,8
3) Nordrhein-Westfalen									
Auftragsbestände	- 6,0	-15,1	-17,7	-14,1	-14,9	-13,4		- 1,5	
Auftragseingänge	-14,7	- 2,1	-10,3	- 0,6	- 6,4	9,9		5,4	6,4
4) Hessen									
Auftragsbestände	- 0,5	- 4,9	-13,7	- 8,7	- 3,2	7,6		20,9	
Auftragseingänge	-10,1	11,6	- 9,7	4,4	14,6	40,6		27,4	40,1
5) Rheinl.-Pfalz/Saarland									
Auftragsbestände	- 8,5	- 2,0	- 6,8	- 2,2	1,1	0,3		2,7	
Auftragseingänge	-11,5	- 1,6	- 7,8	- 1,2	2,7	- 0,6		13,7	13,0
6) Baden-Württemberg									
Auftragsbestände	- 8,3	-13,1	-16,8	-13,9	-11,3	- 9,5		- 3,8	
Auftragseingänge	-16,1	- 3,0	-15,3	- 4,0	0,3	9,6		11,1	20,6
7) Bayern									
Auftragsbestände	- 8,3	-13,6	-19,1	-18,4	-10,1	- 4,4		12,0	
Auftragseingänge	-14,3	2,5	-18,8	- 5,2	12,3	25,6		26,6	17,9
8) Berlin (West)									
Auftragsbestände	9,8	15,9	7,0	4,1	31,8	24,9		6,6	
Auftragseingänge	-11,4	30,8	18,8	23,3	50,9	30,4		3,3	22,0
Bundesgebiet insgesamt									
Auftragsbestände	- 6,5	-11,4	-15,8	-13,1	- 9,0	- 6,4		2,8	
Auftragseingänge	-14,7	0,7	-12,7	- 2,3	3,7	15,9		15,1	14,9
davon:									
Nördliche Bundesländer (einschl. West-Berlin)									
Auftragsbestände	- 5,8	-12,3	-15,6	-12,9	-10,3	- 9,6		- 1,7	
Auftragseingänge	-15,6	- 0,5	-10,3	- 1,5	- 1,2	12,5		9,6	7,6
Südliche Bundesländer									
Auftragsbestände	- 7,2	-10,6	-16,0	-13,4	- 7,9	- 3,4		7,2	
Auftragseingänge	-13,8	1,7	-14,7	- 2,9	7,9	18,9		19,9	21,3

1) Auftragsbestände und Auftragseingänge.

2) Schätzung anhand der April- und Mai-Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes sowie der Berücksichtigung des Trends.

Mrd. DM auf Rheinland-Pfalz/Saarland. Vom Bauvolumen der nördlichen Bundesländer in Höhe von 46 Mrd. DM entfiel mit 24 Mrd. DM mehr als die Hälfte auf Nordrhein-Westfalen, es folgen Niedersachsen/Bremen mit 12 Mrd. DM, Schleswig-Holstein/Hamburg mit 7 Mrd. DM und das Land Berlin mit 3 Mrd. DM. Die regionale Anteilsverschiebung gilt tendenziell sowohl für das Bauhauptgewerbe als auch für das Ausbaugewerbe.

Eine Betrachtung der Entwicklung in den Rezessionsjahren 1981 und 1982 zeigt, daß das Volumen des öffentlichen und Verkehrsbaus — wegen der restriktiven Finanzpolitik in den meisten Bundesländern — stärker als der Wohnungsbau und dieser stärker als der Wirtschaftsbau schrumpfte, vor allem in den nördlichen Bundesländern und dabei insbesondere in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen. In Berlin (West) dagegen war der Rückgang relativ unerheblich. Im Gegensatz zum Bundesdurchschnitt waren in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Saarland die Einbußen im öffentlichen Bau nicht so groß wie im Wohnungsbau.

Auch bei der Entwicklung im Wohnungs- und im Wirtschaftsbau zeigt sich das Süd-Nord-Gefälle: Der Anteil der nördlichen Bundesländer an der Bautätigkeit hat in diesen Baubereichen in den letzten Jahren ebenfalls ständig abgenommen, im Wohnungsbau vor allem in Bremen und in Schleswig-Holstein, im Wirtschaftsbau insbesondere in Niedersachsen und in Hamburg. West-Berlin schnitt — wie beim öffentlichen Bau — auch in diesen beiden Baubereichen am besten ab.

Entwicklung von Auftragseingängen und -beständen

Die Auftragslage im Bauhauptgewerbe der Länder läßt erwarten, daß das Süd-Nord-Gefälle der Bauproduktion bis in das nächste Jahr anhält. Bei steigenden Auftragseingängen in allen Ländern liegen die Zuwachsraten in den südlichen Bundesländern seit dem dritten Quartal 1982 deutlich über denen in den nördlichen. Dabei war der Anstieg in Hessen und in Bayern besonders steil. Die Zunahme der Auftragseingänge hat in den südlichen Ländern bereits zu einem deutlichen Aufbau der Auftragsbestände geführt, während im Norden die Bestände weiter abgebaut werden. In Schleswig-Holstein und in Bremen konnte die kräftige Schrumpfung der Bestände bislang trotz einer Steigerung der Auftragseingänge nicht gebremst werden.

Differenziert man nach Baubereichen, so lagen die Zuwachsraten der Auftragseingänge zuletzt — Januar bis Mai 1983 — in beinahe allen Bundesländern im Wohnungsbau über denen im Wirtschaftsbau, während die Raten im öffentlichen Bau in beinahe allen Ländern weit hinter den anderen beiden Baubereichen zurückblieben. Eine Ausnahme machte lediglich

das Saarland, wo die Zuwachsrate der öffentlichen Nachfrage die Rate im Wohnungsbau und im Wirtschaftsbau weit überstieg.

Wohnungsbau

Die Nachfrage im Wohnungsbau ist in allen Bundesländern seit dem letzten Jahr tendenziell gestiegen. Neben der seit 1981 günstigeren Baupreis- und Zinsentwicklung haben dazu vor allem die Massierung von gesetzlichen Regelungen und Beschlüssen der alten und neuen Regierung zur Förderung des Wohnungsbaus beigetragen. Im Ländervergleich schneiden auch im Wohnungsbau die südlichen Bundesländer besser ab als die nördlichen, da in der Rezession der Schrumpfungsprozeß im Süden geringer war und im Aufschwung der Anstieg der Nachfrage sich stärker beschleunigte als im Norden. Eine Ausnahme macht Berlin, wo sich das Baugeschehen aufgrund der spezifischen Lage und der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen von jeher von dem in den anderen Bundesländern unterscheidet. Die Nachfrage im Wohnungsbau Berlins verzeichnet bereits seit Ende 1981 exorbitante Zuwachsraten.

Insgesamt ist damit zu rechnen, daß die Wohnungsbau nachfrage in allen Bundesländern vorerst weiter zunimmt. Der Nachfrage folgend dürfte die Produktion im Wohnungsbau 1983 und 1984 in den südlichen Bundesländern stärker steigen als im Bundesdurchschnitt. Dies zeigt bereits jetzt die Entwicklung der geleisteten Arbeitsstunden im Bauhauptgewerbe. Während sich hier in den Monaten Januar bis Mai 1983 in den nördlichen Bundesländern ein Rückgang um etwa 1,5 vH ergab, wiesen die südlichen Bundesländer insgesamt bereits wieder einen Zuwachs von etwa 1 vH auf. Die größte Abnahme verzeichneten Bremen (– 11 vH) und das Saarland (– 8 vH), Spitzenreiter war Baden-Württemberg mit einer Zunahme von 6 vH.

Wirtschaftsbau

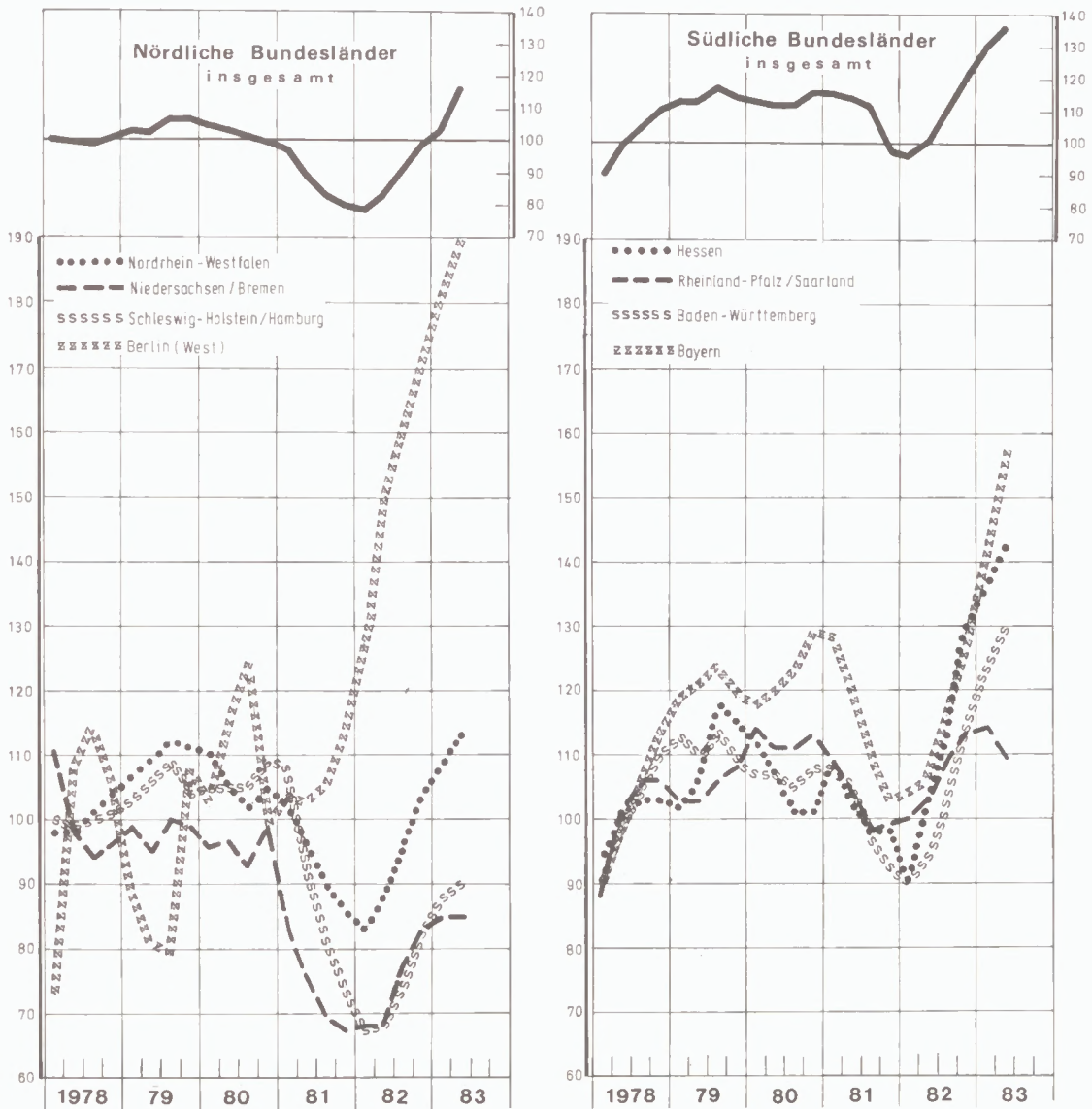
Auch die Nachfrage im Wirtschaftsbau ist seit 1982 in allen Bundesländern tendenziell gestiegen. Zugenommen haben nicht nur die Auftragseingänge, sondern auch die Bestände. Dazu beigetragen haben die Stabilisierungstendenzen bei den Baupreisen, die Verbesserung der Ertragsverhältnisse der Unternehmen sowie eine positivere Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und damit der Absatzerwartungen, die Voraussetzung für eine Zunahme der Investitionen sind. Hinzu kommt die Gesamtwirkung einer Reihe gesetzlicher Regelungen und wirtschaftspolitischer Maßnahmen⁶. Anders als beim Wohnungs-

⁶ Vgl.: Bauwirtschaft: Stabilisierung der Nachfrage auf niedrigem Niveau. Bearbeiter: Jochen A. Hübener. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 23/1982, S. 293 ff.

AUFTRAGSEINGÄNGE NACH BUNDESLÄNDERN IM WOHNUNGSBAU

Wertindex 1978 = 100

saisonbereinigte Werte ¹⁾



¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren.

DIW 83

bau entwickelte sich die Nachfrage im Wirtschafts-
bau in den nördlichen und südlichen Bundesländern
insgesamt bis Anfang 1982 weitgehend parallel. Erst
danach, mit dem steilen Anstieg der Auftragseing-
änge in den südlichen Bundesländern (in den Mona-
ten Januar bis Mai 1983 lag der Auftragseingang in
den südlichen Bundesländern um 28 vH über dem des
Vorjahres), kam es auch in diesem Bereich zu einem
Süd-Nord-Gefälle.

Zu dieser Entwicklung hat neben Baden-Württem-
berg und Bayern insbesondere Hessen beigetragen,

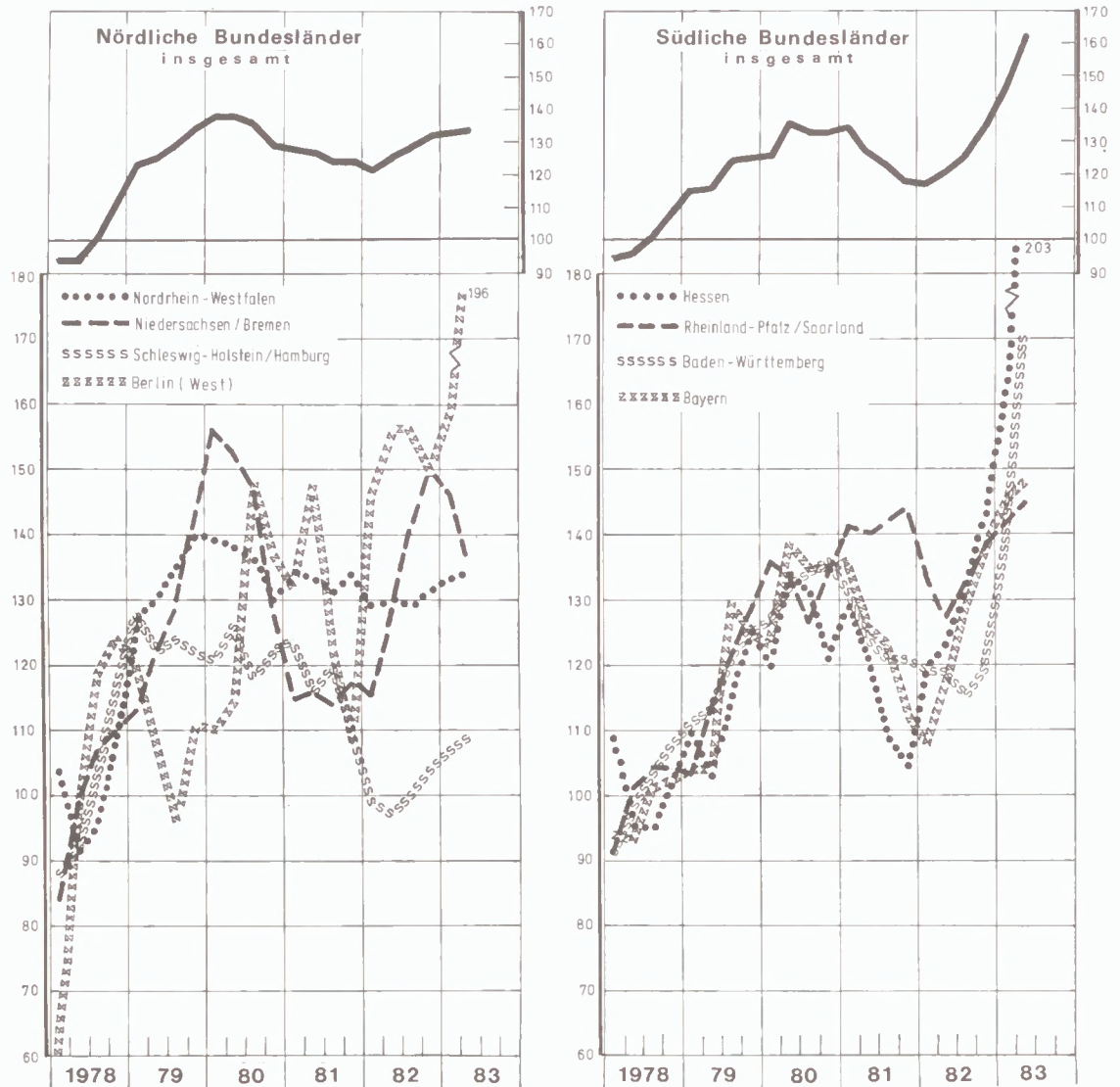
wo die Zuwachsraten der Auftragseingänge im Wirt-
schaftsbau sogar die Raten im Wohnungsbau über-
trafen. In den nördlichen Bundesländern bedeutet der
Zuwachs der nominalen Auftragseingänge in den Mo-
naten Januar bis Mai 1983 in Höhe von 5 vH gegen-
über dem Vorjahr real dagegen kaum mehr als Sta-
gnation. In Hamburg, Niedersachsen, Bremen und im
Saarland gingen die Aufträge zu laufenden Preisen
zuletzt sogar zurück.

Im Zuge der sich festigenden Investitionstätigkeit
ist mit einem weiteren Anstieg der Nachfrage im Wirt-

AUFTRAGSEINGÄNGE NACH BUNDESLÄNDERN IM WIRTSCHAFTSBAU

Wertindex 1978=100

saisonbereinigte Werte ¹⁾



¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren.

DIW 83

schaftsbau zu rechnen. Allerdings hat sich der Nachfrageanstieg im Bundesdurchschnitt noch nicht in der Produktion niedergeschlagen. In den Monaten Januar bis Mai war die Zahl der Arbeitsstunden in den südlichen Bundesländern deutlich weniger rückläufig (–3 vH) als in den nördlichen Ländern (–8 vH). Die größte Abnahme verzeichneten das Saarland (–17 vH) und Bremen (–12 vH), eine Zunahme Schleswig-Holstein (+6 vH) und Baden-Württemberg (+2 vH). Berücksichtigt man den Produktivitätsanstieg, so dürfte der Rückgang des realen Bauvolumens in den südlichen Bundesländern zum Stillstand gekommen

sein, während er in den nördlichen Bundesländern noch anhält.

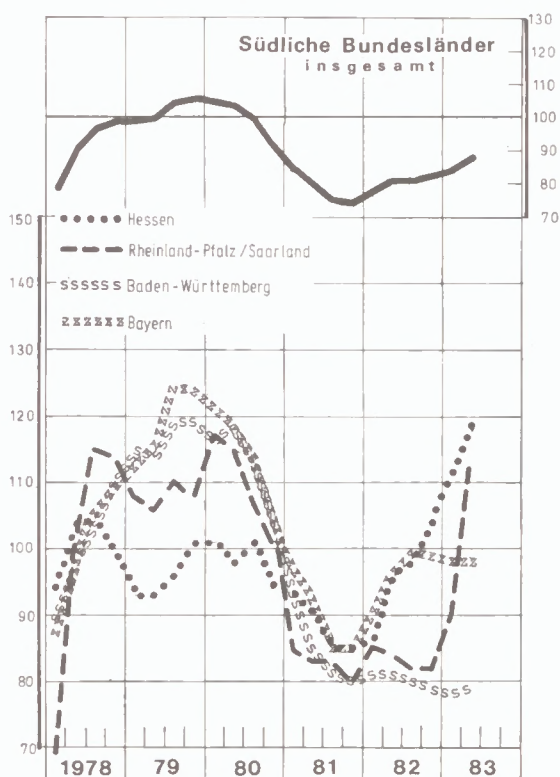
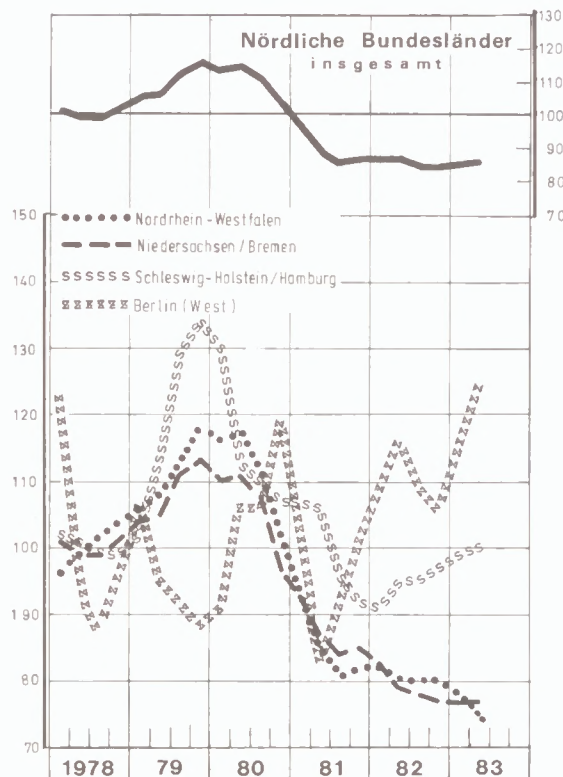
Öffentlicher und Verkehrsbau

Wegen der anhaltend restriktiven Finanzpolitik hat sich die Nachfrage im öffentlichen Bau bislang nicht erholen können. Durch die Haushaltsbeschlüsse von Bund und Ländern werden in diesem Jahr vor allem die Gemeinden, deren Anteil an den Bauausgaben etwa 70 vH beträgt, erheblich belastet, da die Investitionszuweisungen der Länder drastisch gekürzt wor-

AUFTRAGSEINGÄNGE NACH BUNDESLÄNDERN IM ÖFFENTLICHEN BAU UND VERKEHRSBAU

Wertindex 1978 = 100

saisonbereinigte Werte ¹⁾



¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren.

DIW 83

den sind. Insofern müssen die Gemeinden als größter Investor öffentlicher Bauten ihre Bauinvestitionen weiter reduzieren. Auch die Länder haben für dieses Jahr Einschränkungen bei ihren Sachinvestitionen geplant, um Mittel einzusparen.

Insgesamt ist dennoch seit dem letzten Jahr ein leichter Nachfrageanstieg festzustellen, mit dessen Fortsetzung angesichts der Planungen der Gebietskörperschaften jedoch nicht zu rechnen ist. Zuwachsraten ergaben sich vor allem für Schleswig-Holstein, Hessen und Rheinland-Pfalz/Saarland. In Hessen setzte sich damit die bereits seit Anfang 1982 anhaltende Erholung der öffentlichen Baunachfrage fort. Im Durchschnitt der südlichen Bundesländer lag die Zuwachsrate der Auftragseingänge in den Monaten Januar bis Mai 1983 um etwa 6 vH über der des Vorjahres, während sich in den nördlichen Bundesländern der Schrumpfungsprozeß fortsetzte (– 3 vH), allen voran in Nordrhein-Westfalen (– 7 vH), dem Land mit dem höchsten Bauanteil. Obwohl die Nachfrage geringfügig zugenommen hat, sind die Auftragsbestände im öffentlichen und Verkehrsbaubau in fast allen

Ländern bis zuletzt geschrumpft; eine Ausnahme machen lediglich Hessen und Rheinland-Pfalz/Saarland. Das in den Jahren zuvor stark abgesunkene Niveau der Nachfrage führte auch dazu, daß die Bautätigkeit im öffentlichen Bau bis zuletzt drastisch eingeschränkt wurde. In den Monaten Januar bis Mai 1983 ging die Zahl der Arbeitsstunden im Norden (– 14 vH) erwartungsgemäß stärker zurück als im Süden (– 10 vH). Dabei schnitten Berlin (– 3 vH) und das Saarland (– 5 vH) noch am besten ab; kräftige Einbußen hatten Niedersachsen (– 19 vH) und Bremen (– 20 vH) zu verzeichnen.

Beschäftigung

Der Entwicklung von Nachfrage und Produktion folgend ging die Zahl der Beschäftigten in den letzten beiden Jahren zurück, im Bauhauptgewerbe stärker als im Ausbaugewerbe. In den Jahren 1981 und 1982 reduzierte sich die Zahl der Beschäftigten insgesamt um etwa 150 000 (– 7 vH); davon entfielen etwa

Beschäftigte im Baugewerbe nach Bundesländern und Produzentengruppen¹

Jahresdurchschnittswerte in 1000

Länder und Produzentengruppen	Jahre, Quartale, Monate		Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr							
	1980	1981	1982	1982					1983	
				I	II	III	IV	Jahr insgesamt	I	April/Mai
1) Schleswig-Holst./Hamburg										
a) Bauhauptgewerbe	88,9	84,3	76,5	-11,9	- 9,6	- 8,5	- 6,9	- 9,3	- 6,7	- 6,1
b) Ausbaugewerbe	58,1	54,6	51,4	- 6,9	- 6,0	- 5,4	- 4,8	- 5,9	- 1,6	
c) insgesamt	147,0	138,9	127,9	-10,1	- 8,3	- 7,3	- 6,1	- 7,9	- 4,8	
2) Niedersachsen/Bremen										
a) Bauhauptgewerbe	172,4	164,4	146,8	-13,5	-11,2	- 9,3	- 9,0	-10,7	-10,5	- 7,4
b) Ausbaugewerbe	102,9	103,3	98,3	- 6,5	- 4,9	- 3,7	- 3,9	- 4,8	- 3,9	
c) insgesamt	275,3	267,7	245,1	-10,9	- 8,9	- 7,3	- 7,1	- 8,4	- 8,0	
3) Nordrhein-Westfalen										
a) Bauhauptgewerbe	297,3	289,3	273,7	- 6,1	- 5,7	- 5,3	- 4,5	- 5,4	- 6,0	- 6,3
b) Ausbaugewerbe	222,8	208,5	200,0	- 3,5	- 4,1	- 4,1	- 4,4	- 4,1	- 5,3	
c) insgesamt	520,1	497,8	473,7	- 5,0	- 5,1	- 4,8	- 4,4	- 4,8	- 5,7	
4) Hessen										
a) Bauhauptgewerbe	107,4	104,2	97,5	- 7,8	- 7,0	- 5,7	- 5,4	- 6,4	- 5,8	- 6,1
b) Ausbaugewerbe	70,4	70,0	69,1	- 0,6	- 0,6	- 2,1	- 1,3	- 1,3	- 0,7	
c) insgesamt	177,8	174,2	166,6	- 5,1	- 4,6	- 4,3	- 3,8	- 4,4	- 3,8	
5) Rheinland-Pfalz/Saarland										
a) Bauhauptgewerbe	97,8	95,1	90,1	- 6,1	- 5,0	- 4,7	- 5,5	- 5,3	- 7,2	- 6,2
b) Ausbaugewerbe	51,7	50,6	49,4	- 4,5	- 4,0	- 1,3	0,0	- 2,4	- 1,4	
c) insgesamt	149,5	145,7	139,5	- 5,5	- 4,7	- 3,6	- 3,7	- 4,3	- 5,2	
6) Baden-Württemberg										
a) Bauhauptgewerbe	201,1	197,9	194,9	- 2,9	- 1,8	- 0,7	- 0,7	- 1,5	- 1,9	- 2,8
b) Ausbaugewerbe	131,1	134,9	134,5	0,6	- 0,3	- 0,3	- 1,0	- 0,3	- 3,7	
c) insgesamt	332,2	332,8	329,4	- 1,6	- 1,2	- 0,5	- 0,8	- 1,0	- 2,6	
7) Bayern										
a) Bauhauptgewerbe	263,1	256,9	240,2	-11,9	- 6,2	- 4,5	- 4,0	- 6,5	- 8,1	- 4,0
b) Ausbaugewerbe	133,6	132,5	130,2	- 3,4	- 1,5	- 0,8	- 0,7	- 1,7	- 1,6	
c) insgesamt	396,7	389,4	370,4	- 9,0	- 4,7	- 3,3	- 2,9	- 4,9	- 5,8	
8) Berlin (West)										
a) Bauhauptgewerbe	34,7	33,8	32,8	- 7,6	- 4,0	- 0,8	1,6	- 3,0	- 0,4	- 5,2
b) Ausbaugewerbe	25,4	23,4	24,0	1,5	3,6	3,1	2,5	+ 2,6	+ 0,1	
c) insgesamt	60,1	57,2	56,8	- 4,1	- 1,1	0,7	2,0	- 0,7	- 0,2	
Bundesgebiet insgesamt										
a) Bauhauptgewerbe	1 262,7	1 225,9	1 152,5	- 8,3	- 6,2	- 5,0	- 4,5	- 6,0	- 6,3	- 5,2
b) Ausbaugewerbe	796,0	777,8	756,9	- 3,1	- 2,7	- 2,3	- 2,4	- 2,7	- 3,1	
c) insgesamt	2 058,7	2 003,7	1 909,4	- 6,4	- 4,9	- 4,0	- 3,7	- 4,7	- 5,0	
davon:										
Nördliche Bundesländer 2)										
a) Bauhauptgewerbe	593,3	571,8	529,8	- 9,1	- 7,8	- 6,7	- 5,8	- 7,3	- 7,0	- 6,3
b) Ausbaugewerbe	409,2	389,8	373,7	- 4,5	- 4,1	- 3,8	- 3,9	- 4,1	- 4,1	
c) insgesamt	1 002,5	961,6	903,5	- 7,3	- 6,4	- 5,5	- 5,0	- 6,0	- 5,8	
Südliche Bundesländer										
a) Bauhauptgewerbe	669,4	654,1	622,7	- 7,5	- 4,8	- 3,6	- 3,5	- 4,8	- 5,6	- 4,3
b) Ausbaugewerbe	386,8	388,0	383,2	- 1,6	- 1,2	- 0,9	- 0,9	- 1,2	- 2,1	
c) insgesamt	1 056,2	1 042,1	1 005,9	- 5,4	- 3,6	- 2,6	- 2,5	- 3,5	- 4,3	

1) Berechnungen des DIW nach Angaben der Totalerhebung, der lfd. Bauberichterstattung, der Handwerkszählung 1977, der lfd. Handwerksberichterstattung und der Umsatzsteuerstatistik; vgl. hierzu Jochen A. Hübener: Zeitreihen zur Entwicklung der Beschäftigten im Baugewerbe nach Sparten. Gutachten des DIW im Auftrage des Bundesministeriums für Wirtschaft, Berlin, im August 1982. 2) einschl. West-Berlin.

110 000 (–9 vH) auf das Bauhauptgewerbe und etwa 40 000 (–5 vH) auf das Ausbaugewerbe. Wie bei den Auftragseingängen, den Beständen und den Arbeitsstunden zeichnet sich erwartungsgemäß auch bei den Beschäftigten ein Süd-Nord-Gefälle ab. Von dem Rückgang der Beschäftigtenzahl im Bauhauptgewerbe entfielen etwa 65 000 (–11 vH) auf die nördlichen und 45 000 (–7 vH) auf die südlichen Länder, im Ausbaugewerbe war das Süd-Nord-Verhältnis etwa 5 000 (–1 vH) zu 35 000 (–9 vH). In den beiden Jahren verloren somit in den südlichen Bundesländern mit insgesamt 50 000 Arbeitskräften (–5 vH) nur halb so viel Beschäftigte ihre Arbeitsplätze wie im Norden (–10 vH).

Ausblick

Bei anhaltendem Nachfrageanstieg dürfte in der zweiten Jahreshälfte 1983 das Bauvolumen in den Baubereichen Wohnungsbau und Wirtschaftsbau expandieren. Im Jahresdurchschnitt 1983 ist für den

Wohnungsbau mit einem Zuwachs um 5 vH und im Wirtschaftsbau mit einer Zunahme um 1 vH zu rechnen. Dagegen wird das Bauvolumen im öffentlichen und Verkehrsbau weiter deutlich schrumpfen (–5 vH). Dabei wird 1983 das Süd-Nord-Gefälle in allen Baubereichen fort dauern.

Im Jahresdurchschnitt 1983 werden die gesamten Bauleistungen vor allem in Bremen, in Niedersachsen und im Saarland stark zurückgehen, während eine deutliche Zunahme der Bauten in Berlin, Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg erwartet werden kann. Folgt man der Nachfrageentwicklung, so müßte allmählich auch eine Produktionsbelebung in Bayern, insbesondere aber in Hessen, einsetzen. Insgesamt wird der Produktionszuwachs in diesem Jahr jedoch nicht ausreichen, um einen weiteren Abbau der Zahl der Beschäftigten im Baugewerbe zu verhindern. Er wird mit etwa 50 000 allerdings weniger stark ausfallen als in den Jahren zuvor, wobei wiederum die südlichen Bundesländer besser abschneiden werden. Auch 1984 dürfte sich bei Produktion und Beschäftigung ein Süd-Nord-Gefälle ergeben.

Zur Situation auf den Märkten metallischer Rohstoffe

Im bisherigen Verlauf der achtziger Jahre ist die Weltrohstoffwirtschaft durch Ungleichgewichte von Angebot und Nachfrage gekennzeichnet. Obwohl bereits in erheblichem Umfang Produktionskapazitäten stillgelegt worden sind, sich Anfang 1983 bei zahlreichen Rohstoffen die Nachfrage belebte und die Preise anzogen, ist ein Ausgleich bislang nicht zu erkennen. Noch immer bestehen nennenswerte Überkapazitäten, die in Verbindung mit den nach wie vor niedrigen Rohstoffpreisen zu einer alles in allem unbefriedigenden Gewinnsituation in der Bergbauindustrie geführt haben.

Modelltheoretisch stimulieren niedrige Rohstoffpreise den Verbrauch. Die Preiselastizität der Nachfrage nach metallischen Rohstoffen ist jedoch relativ gering und nimmt eher noch ab. Dies ist nicht zuletzt auch darauf zurückzuführen, daß der Anteil der ohnehin nur geringen reinen Rohstoffkosten im Vergleich zu anderen Kostenarten (z.B. Lohn- und Energiekosten) tendenziell zurückgeht.

Dreijährige Nachfrageschwäche ...

Auch 1982 hat sich der Verbrauch der wichtigsten Rohstoffe — wie schon in den beiden vorhergehenden

Jahren — vermindert. Der Rückgang erfolgte zwar überwiegend in den westlichen Industrieländern — vom Weltrohstoffverbrauch entfallen gegenwärtig etwa 70 vH auf diese Ländergruppe —, doch zeigten sich stärker als früher auch in den Staatshandelsländern und in den Entwicklungsländern deutliche Abschwächungstendenzen.

Die Entwicklung des Rohstoffverbrauchs ist im wesentlichen geprägt von der seit Ende der siebziger/Anfang der achtziger Jahre andauernden weltweiten Rezession. Gegenüber vorangegangenen wirtschaftlichen Schwächeperioden unterscheidet sich diese aber durch ihre Dauer und den — zinsinduziert — hohen Preis für Kapital.

Hiervon wurde nicht nur unmittelbar die äußerst kapitalintensive Bergbauindustrie beeinträchtigt, sondern gleichzeitig auch die Entwicklung bei den wichtigsten Nachfragern ihrer Erzeugnisse, wie dem Bauwesen, dem Straßenfahrzeugbau und dem Anlagenbau.

Bei gleichgerichteter Tendenz war der Verbrauchsrückgang in den Jahren 1979 bis 1982 bei den einzelnen Metallen sehr unterschiedlich. Während der Verbrauch von Zink mit 5,5 vH und der von Blei mit rund

Weltverbrauch wichtiger Metalle 1979 bis 1982
(in Mill. t)

	1979	1980	1981	1982
Aluminium	15,96	15,31	14,59	14,20
Blei	5,61	5,34	5,28	5,27
Kupfer	9,85	9,39	9,53	9,06
Nickel	0,78	0,71	0,66	0,63
Zink	6,31	6,15	6,07	5,96
Zinn	0,23	0,22	0,21	0,20
Stahl	741,70	710,60	699,70	654,00

Quellen: Metallgesellschaft AG, Frankfurt;
International Iron and Steel Institute, Brüssel.

6 vH noch vergleichsweise wenig zurückging, sank der von Kupfer um 8 vH, der von Aluminium um 11 vH, der von Zinn um 13 vH und der von Nickel sogar um gut 19 vH. Der Weltstahlverbrauch fiel in dieser Periode um 12 vH. Die Weltstahlproduktion verminderte sich 1982 gegenüber dem Vorjahr um 9 vH auf 646 Mill. t und damit auf den niedrigsten Stand seit 1975. Besonders stark war der Rückgang in den USA und in den EG-Ländern mit 17 vH. Dagegen konnte die Stahlproduktion in den Entwicklungsländern im Jahre 1982 noch um 4 vH gegenüber dem Vorjahr ausgeweitet werden.

Außer Eisenerz und Kokskohle als Massenvorstoffe der Eisen- und Stahlproduktion waren vom weltweiten Minderverbrauch bei den Stahlveredlern neben Nickel u.a. auch Kobalt, Mangan, Molybdän und Vanadium betroffen.

... und ihre Preiswirkungen

Die Bergwerksförderung verharrte entgegen der starken Verbrauchsabschwächung auf einem zur Deckung der reduzierten Nachfrage viel zu hohem Niveau. Das führte zwangsläufig zu einem drastischen Preisverfall bei nahezu sämtlichen Industrierohstoffen. So verringerte sich der gewichtete Rohstoffpreisindex der Weltbank¹ für Aluminium, Blei, Eisenerz, Gold, Kupfer, Manganerz, Nickel, Silber, Zink und Zinn im Jahre 1981 gegenüber dem Vorjahr um 12,4 und im Jahre 1982 im Vorperiodenvergleich um 10,1 Prozentpunkte. Er lag auch im ersten Quartal 1983 trotz der seit Jahresbeginn erfolgten Preisbelebung noch um 2,6 Prozentpunkte unter dem Stand der entsprechenden Vorjahresperiode.

Ausgenommen vom mehrjährigen Preisverfall blieben im wesentlichen nur Gold und Silber, bei deren Preisbildung im Vergleich zu den meisten sonstigen Metallen auch andere als die rein physischen Markt-

komponenten (physical demand) eine — mitunter sogar dominierende — Rolle spielen. Da diese Edelmetalle vielfach als Kuppelprodukte der Blei-, Zink- und Kupfergewinnung anfallen — bei Silber sind es beispielsweise rund 80 vH —, unterblieb infolge der gegenläufigen Preisentwicklung bei den verschiedenen Wertmineralen häufig eine erforderliche Marktreaktion in Form rigoroser Fördereinschränkungen.

Die Wettbewerbssituation sogenannter Komplexerzlagerstätten hat sich durch den Diversifizierungseffekt verbessert. Das gilt theoretisch auch für den künftigen Bergbau auf die polymetallischen Knollenvorkommen der Tiefsee. Frühere Modellrechnungen² haben gezeigt, daß die hier vorliegenden Rohstoffkombinationen an Kuppelprodukten erlösstabilisierend wirken. Verringert haben sich dagegen die gewinnungs- und aufbereitungstechnischen Vorteile monomineraler Massenlagerstätten. Dazu zählt auch die unter den Metallen umfang- und wertmäßig führende Eisen- und Aluminiumerzgewinnung.

Veränderungen in der Industrie ...

Beispielsweise signalisiert der börsengängige Aluminiumhandel Strukturveränderungen im Rohstoffsektor. Es sind vorwiegend neue Primäraluminiumproduzenten, durchweg nicht integrierte Unternehmen, die ihre Erzeugung — wie in der Regel auch die Staatshandelsländer — über die Börse vermarkten.

In der Weltaluminiumindustrie dominieren zwar nach wie vor sechs große vertikal integrierte Unternehmen. Auf sie konzentrieren sich in den westlichen Industrieländern und den Entwicklungsländern immer noch etwa die Hälfte der Bauxit- und Aluminiumkapazitäten, über drei Fünftel der Tonerdeproduktion sowie erhebliche Anteile an der Weiterverarbeitung und am Handel. Doch hat die Bedeutung des Staatseigentums auch in der westlichen Welt (Industrie- und Entwicklungsländer) zugenommen, wo inzwischen auf Staatsbetriebe beim Bauxitbergbau 25 vH, in der Tonerdeproduktion 12 vH und bei Hüttenaluminium 17 vH der Kapazitäten entfallen. Kapitalbeteiligungen der großen Aluminiumgesellschaften an staatlichen Unternehmen sind dabei nicht selten. Noch stärker ist im Weltmaßstab (einschl. Staatshandelsländer) der staatliche Anteil in der Kupferindustrie, der inzwischen auf etwa 40 vH angewachsen ist. Bei Nickel — dem jüngsten, seit 1979 an der Londoner Metallbörse gehandelten Metall — stammten 1982 weit über die Hälfte der Bergwerksproduktion aus Staatsbetrieben.

¹ World Bank, Commodities and Export Projection Division, Economic Analysis and Projection Department: Commodity Price Data, Washington D.C., verschiedene Ausgaben.

² Dieter Kamphausen: Rohstoffgewinnung aus der Tiefsee und Strukturveränderungen im terrestrischen Bergbau von Entwicklungsländern. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung des DIW. Heft 3/1978. S. 233ff.

... und in der Gesetzgebung

Dabei zielt die Tendenz der in den Entwicklungs- und Schwellenländern in jüngster Zeit novellierten Investitions- und Berggesetzgebung überwiegend auf eine Reduzierung des staatlichen Einflusses und einen stärkeren Anreiz von — auch ausländischer — Privatinitiative.

1965 hatte in den Entwicklungsländern eine Periode der praktizierten Souveränität über die Bodenschätze begonnen. Darunter wurde üblicherweise die Nationalisierung vorhandener Gewinnungsbetriebe, die Neufassung bestehender Vereinbarungen mit den Unternehmen und der Aufbau von Staatsbetrieben verstanden. Für die siebziger Jahre war außerdem die Errichtung zahlreicher Rohstoffproduzentenvereinigungen charakteristisch, die sich jedoch als mehr oder minder wirkungslos erwiesen haben. Die damals neugeschriebene Investitions-, Steuer- und Bergrechtsgesetzgebung von Ländern der Dritten Welt war auf Beschränkung und Ausschluß von ausländischem Kapital angelegt. Seinerzeit befanden sich diese Länder insofern in einer vergleichsweise günstigeren Position, als das für Bergbauprojekte erforderliche Kapital leichter verfügbar, der Verschuldungsgrad dieser Länder geringer und die nachgewiesenen Weltrohstoffvorräte erheblich niedriger waren, während das erwartete Wachstum des zukünftigen Rohstoffverbrauchs bedeutend höher als gegenwärtig angesetzt wurde.

Inzwischen sind durch zahlreiche neue Investitionsgesetze in Entwicklungsländern die restriktiven Bestimmungen gegenüber Fremdkapital gelockert und durch solche einer eher kontrollierten Begünstigung ersetzt worden. Diese Entwicklung setzte bereits im letzten Drittel des vergangenen Jahrzehnts ein. Neue Gesetze über ausländische Investitionen wurden 1977 in Ägypten, Argentinien, Chile, Indonesien, Kolumbien und Sambia verabschiedet; 1979 in Burundi, der VR China, Mauretanien, Nigeria, den Philippinen, Trinidad und Tobago, Obervolta und Zaire; 1980 in Malaysia und dem Sudan; 1981 in Ghana und Papua-Neuguinea und 1982 in Liberia. Das Souveränitätsprinzip bei den inländischen Bodenschätzen wird von allen diesen Neuerungen nicht angetastet, doch werden dem ausländischen Kapital größere Rechte eingeräumt. Allerdings ist der Tenor der neuen Investitionsgesetzgebung nicht überall einheitlich. Während einige Länder die Voraussetzung nationalen Bergwerkseigentums — als Staatsgesellschaften oder als natürliche Personen — weiterhin zur Bedingung machen, wird sie in anderen fallengelassen oder zumindest für die Periode der Kapitaltilgung und Verzinsung ausgeschlossen.

Liberalisierungstendenzen zugunsten der Privatinitiative und ein Zurückdrängen des früher dominieren-

den Staatseinflusses charakterisieren auch die neue Bergrechtsgesetzgebung, beispielsweise in Argentinien (1979), Chile und Malawi (1981) und der VR China (joint venture law von 1979). Besonders eindeutig gegenüber dem früheren reinen Staatsvorbehalt ist die Zäsur im neuen peruanischen Berggesetz von 1981. In diesem Land wurde gleichzeitig das bisherige Vermarktungsmonopol der staatlichen Verkaufsgesellschaft MINPECO aufgehoben. Derartige veränderte formale Rahmenbedingungen können sich freilich nur längerfristig auf die gegenwärtige Struktur der Weltrohstoffwirtschaft auswirken. Zumindest sind aber Ansätze erkennbar, die ein inzwischen stärkeres Verständnis dieser Länder für spezifisch rohstoffwirtschaftliche Belange signalisieren.

Die Bedeutung der Entwicklungsländer, die 1981 an den Weltvorräten bei mineralischen Rohstoffen zu 36 vH und an der Weltbergwerksförderung zu 28 vH beteiligt waren, könnte längerfristig zunehmen. Nach internen Schätzungen der Weltbank beträgt der Kapitalbedarf für Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen im Bergbau und Hüttenbereich für Aluminium/Bauxit, Blei, Eisenerz, Kupfer, Manganerz, Nickel, Zink und Zinn im Zeitraum 1981 bis 1995 rund 151 Mrd. US-\$ (Preisbasis 1981), wobei jeweils die Hälfte auf westliche Industrieländer sowie auf Entwicklungsländer entfallen soll. Das entspricht — je nach Periode und Ländergruppe — einem jährlichen Investitionsbedarf von 3 bis 7 Mrd. US-\$ (Industrieländer) und 4 bis 6 Mrd. US-\$ (Entwicklungsländer), wobei bei den Industrieländern der Hütten-Bereich, bei den Entwicklungsländern der Bergbau dominiert. Rohstoffspezifisch sollen der Weltbank zufolge auf die Kupfer- und Eisenerzgewinnung zusammen in den Entwicklungsländern 72 vH und in den Industrieländern 66 vH der gesamten Investitionen im Rohstoffbereich entfallen. Voraussetzung hierfür ist jedoch eine positivere Entwicklung der Metallpreise als in den vergangenen Jahren. Aus den gegenwärtigen Rohstoffserlösen sind diese Investitionen nicht zu finanzieren.

Angesichts der derzeitigen Investitions- und Nachfrageschwäche in der Rohstoffwirtschaft westlicher Länder interessiert — neben der traditionellen Nord-Süd-Kooperation — auch eine Ost-Süd-Kooperation auf dem Rohstoffsektor zwischen Staatshandelsländern und Entwicklungsländern. Obwohl die UdSSR unter allen Ländern bei energetischen und nichtenergetischen mineralischen Rohstoffen den höchsten Selbstversorgungsgrad aufweist, haben in den siebziger Jahren Rohstoffprojekte in Zusammenarbeit mit Ländern der Dritten Welt zugenommen, darunter solche für Erdöl und Erdgas, jedoch auch für Bauxit, Eisenerz, Kupfer und andere Metalle sowie für Phosphat. Die Entwicklung des Phosphatvorkommens Meskala in Marokko durch die UdSSR umfaßt z.B. ein Investitionsvolumen von 2 Mrd. US-\$. Neuerdings för-

dert auch die VR China verstärkt ihre Rohstoffversorgung aus ausländischen Vorkommen, insbesondere in Fällen, wo Standorte küstennaher Weiterverarbeitungsbetriebe Transportkostenvorteile gegenüber inländischen Lagerstätten haben. Bisher ist der Bezug von Eisenerzen aus Australien und von Kupfererzen aus lateinamerikanischen Ländern vorgesehen. Von den anderen Staatshandelsländern haben vorwiegend Ungarn, Rumänien und Bulgarien Rohstoffprojekte in Ländern der Dritten Welt durchgeführt.

Wegen des wachsenden eigenen Rohstoffverbrauchs in der UdSSR und einer Verlagerung der Rohstoffgewinnung nach Sibirien sind stärkere Aktivitäten auch anderer europäischer Staatshandelsländer in Entwicklungsländern schon aus wirtschaftlichen Gründen nicht auszuschließen.

Dadurch eine Verbesserung in den Devisenbilanzen von Gastländern zu erwarten wäre jedoch — selbst längerfristig — unrealistisch. Denn einmal beschreiten die von Rohstoffimporten abhängigen Staatshandelsländer — selbst kapitalarm und verschuldet — diesen Versorgungsweg, um bei der Beschaffung auf den Weltrohstoffmärkten erforderliche Devisen einzusparen — in der Regel werden Explorationshilfen mit späteren Rohstofflieferungen verrechnet —, zum anderen hätten darüber hinausgehende, auf dem Weltmarkt Absatz suchenden Mengen die Tendenz, preisdrückend zu wirken. Die Entwicklung auf dem Weltnickelmarkt während der vergangenen Jahre ist hierfür exemplarisch. Hier hatte das Mehrangebot aus den in den Staatshandelsländern z.T. massiv erweiterten Förderkapazitäten — Anteil der Staatshandelsländer an der Weltbergwerksförderung von Nickel 1971 (674 000 t) 23 vH, 1982 (623 600 t) knapp 38 vH — zu erheblichen Störungen auf dem ohnehin rezessionsbedingt schwachen Weltnickelmarkt geführt. Für die Weltrohstoffmärkte resultiert aus der weiteren Zunahme von Bergwerkskapazität als Folge dieser Aktivitäten vermutlich ein eher preisstabilisierender Effekt. Besonders im zweiten Halbjahr 1982 sind in den westlichen Industrieländern und in den Entwicklungsländern bei vielen Rohstoffen Kapazitäten

auf der Bergbau- und Hüttenstufe in einem Umfange stillgelegt worden wie noch nie zuvor. Das gilt u.a. für den Nickel-, Molybdän- und Kupfererzbergbau wie auch für Aluminiumhütten und -umschmelzwerke in Nordamerika, die Bauxitgewinnung in Jamaika, Haiti und der Dominikanischen Republik sowie für eine Vielzahl anderer Rohstoffe in Australien, Brasilien, Japan und den Philippinen. Daneben wurden auf den verschiedenen Ausbau- und Entwicklungsstufen zahlreiche Rohstoffprojekte in Ländern der Dritten Welt eingestellt oder abgebrochen. Die gegenwärtig einzigen großen Bergbauvorhaben im planmäßigen Ausbau sind das goldhaltige Kupfererzvorkommen Ok Tedi in Papua-Neu Guinea und das Eisenerzprojekt Carajas in Brasilien.

Das Problem einer nicht mehr ausreichenden Kapitalausstattung stellt sich dem Bergbau jedoch nicht nur in den Entwicklungsländern. Unterkapitalisiert sind inzwischen selbst einige der großen traditionellen Bergwerksunternehmen in der westlichen Welt. Ihre Lage wäre z.B. in den USA — mit den weltgrößten Betrieben dieser Art — noch kritischer, hätten nicht die Mineralölgesellschaften Beteiligungen oder ganze Bergbaugesellschaften übernommen. Die Kupferindustrie der USA wird gegenwärtig etwa zu einem Fünftel durch inländische Mineralölgesellschaften kontrolliert. Auch bei Aktivitäten im Ausland, z.B. im chilenischen Kupfererzbergbau, dominieren unter den Fremdkapitalitäten amerikanische Mineralölgesellschaften. Nicht erfüllt haben sich dagegen die seinerzeitigen Erwartungen, die OPEC-Staaten würden sich mit ihrem Kapital stärker im Rohstoffbereich engagieren.

Angesichts der weiterhin verhaltenen Verbrauchsentwicklung ist eine nachhaltige Erlösverbesserung als Folge steigender Rohstoffpreise vorerst nicht absehbar. Die teilweise festzustellende spontane Reaktivierung von Reservekapazitäten auf erste Anzeichen einer wieder zunehmenden Nachfrage verstärkt die Risiken für den jüngsten Preisanstieg auf den Metallmärkten. Im Ergebnis könnten dadurch Ansätze zur Besserung der unzureichenden Gewinnsituation sogar konterkariert werden.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (030) 82 99 10 - Telefax (030) 82 99 12 00

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krenzel, Dr. Jürgen Müller, Dr. Reinhard Pohl,
Dr. Horst Seidler, Prof. Dr. Reiner Stäglin (kommissarisch), Dr. Wolfgang Watter, Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleiter: Dr. Klaus Henkner.

Bauwirtschaft: Weiter Süd-Nord-Gefälle. Bearbeitet von Jochen A. Hübener. — *Zur Situation auf den Märkten metallischer Rohstoffe.*
Bearbeitet von Dieter Kamphausen.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck Berlin, Oranienburger Str. 170. D-1000 Berlin 26.
Bezugspreis für den Jahrgang DM 100,—, vierteljährlich DM 30,—, Einzelnummer DM 4,—.
Zuzüglich Versandkosten.